

Bezugspreis: monatlich 12,12 — ohne Zustellgebühr. Bezahlungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhändler, Einzelhändler und andere Anzeigerstellen entgegen.
Verkaufspreis: Einzelhefte 1/20. Fernruf Central 7801, Telephon 7 100 an Redaktion 6009 und 6010. — Druckkosten: 20512.
Morgen-Ausgabe **Anzeigenpreis:** Die Sp. 1. im ersten Morgenblatt 1.20 A. Die Sp. 2. im ersten Morgenblatt 1.00 A. Abon. w. 1.20 A. w. 1.20 A. w. 1.20 A.
Geschäftsstelle Berlin: Bernauer Str. 30. Fernruf zum Kurier 11 2050. Chanc. Berliner Schriftleitung. — Druck u. Druck von Otto Dietel, Post-Adresse

Verhandlungen beim Kanzler

Die Regierung zu Zugeständnissen bereit — Verschärfung der Streiklage in Mitteldeutschland — Massensterben in den Berliner Kliniken infolge des Streiks

Die Forderungen der Beamten

w. Berlin, 6. Februar.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben heute vorläufig geendet. Anwesend waren der Reichskanzler, der Reichsminister für Arbeit und den Reichsminister für Eisenbahnwesen. Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten war nicht vertreten.

Zum Anfang der Verhandlungen ergreif der Reichskanzler das Wort zu Ausführungen über die gesamte politische Lage. Er wird darauf hin, daß das feste Ziel der Politik der Regierung bisher gewesen sei und auch weiter bleibe, die Erkenntnis in der Welt zu verbreiten, daß die Weltwirtschaft wieder aufgebaut werden muß. In dem großen Kampfe um die politische Weltordnung habe die Reichsregierung seit Monaten ihre ganze Kraft eingesetzt. Ein Ziel der Welt habe sich bereits heute auf das von der Regierung vertretene nationalpolitische Programm eingestellt. Das Ergebnis ist die bevorstehende Konferenz der drei mitteleuropäischen Völker in Genoa. Die Voraussetzung für diese Konferenz ist aber das Vertrauen der Welt auf Deutschland, auf Deutschlands Regierung und auf die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Unter allgemeiner Vernehmung der Beamten wird darauf hingewiesen, daß ein anerkanntes deutsches Volk in der ausstehenden Welt nicht verhandlungsfähig ist. Niemand würde mit Deutschland verhandeln, wenn die Welt glaube, daß es in Deutschland keine Ordnung gebe. Unter diesem Gesichtswinkel müßten auch seine Verhandlungen geführt werden. Alles andere ist diesem Kernpunkt unzugänglich.

folgende Entschädigung zum Eisenbahntarif angenommen:

Die Sonntag, den 5. Februar, verarmelten Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei heißen die Ausnahmeverordnung der Regierung nicht gut. Sie empfehlen aber den streikenden Eisenbahnern die Wiederaufnahme der Arbeit entsprechend dem Antrag der Gewerkschaften und rufen an die Reichsregierung der S. P. D. das bringende Ersuchen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unter enger Führungnahme mit den betreffenden Beamtengruppen der Staatsbetriebe auf einen gerechten Ausgleich zwischen den Gewerkschaften der oberen, mittleren und unteren Klassen sowie der sonstigen Staatsbediensteten hinzuwirken und außerdem das Besondere daran zu sehen, daß die Ausnahmeverordnung der Regierung auf keinen bei dem Streik befindlichen Beamten, der im Streik getretenen Beamten angewandt, sondern das alte Dienstverhältnis wieder hergestellt wird.

Streik in Golpa und Tschornewitz

Wie wir von unterrichteter Seite hören, haben die Belegschaften von Golpa und Tschornewitz gestern die Arbeit eingestellt. Damit ist Berlin auch von außen her vollkommen abgesperrt.

Auswirkung des Berliner Streiks

w. Berlin, 6. Februar.

Professor Langlein, Direktor des Kaiserin-Augusta-Bildungs-Krankenhaus für Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, richtete ein Telegramm an den Berliner Magistrat, in dem er auf die schwere Gefahr aufmerksam macht, in der sich die Patienten der Krankenanstalten durch die Abwesenheit von Gas, Wasser und Elektrizität befinden. Überaus notwendige Operationen, die wegen ihrer Dringlichkeit nicht aufgeschoben werden dürfen, können nicht durchgeführt werden. Die Pflege der Schwerkranken ist unüberführbar. Zahlreiche Patienten sind infolge Mangels an Sauerstoff gestorben, vor allem in den Entbindungskliniken. Die meisten Krankenanstalten haben nun Gefahr ihrer Kranken entfallen müssen, da es unmöglich war, ohne Wasser, Gas und Elektrizität Dienst zu verrichten. Besonders bedroht sind 150 Säuglinge im Kaiserin-Friedrich-Krankenhaus. Auch in den städtischen Krankenhäusern ist die Lage der Kranken verarmelt.

Die weltgeschichtliche Sendung des tschechischen Volkes

Im Januarheft der Monatschrift „Deutsche Rundschau“ (Verlag Gerdner Verlag) erschien unter diesem Ueberschrift ein Aufsatz von Stephanus, den uns der Verfasser vor der Veröffentlichung zum Ausdruck der Verfassung gestellt hat. Wie entsetzt dem Verfasser den Zeit, der die Gefahren deutlich aufzeigt, denen Deutschland durch den tschechischen Chauvinismus ausgesetzt ist.

Die tschechischen Führer haben in den letzten 20 Jahren allerorts die tschechische Volk planmäßig zur Verneinung des Staats erzoogen. Jede Bewegung der Völkern gegen den Staat, Steuererhebung und Steuerinverteilung, Nichtablieferung von Lebensmitteln, wässiger Widerstand der mittleren und unteren Beamten, Nichtablieferung der Kriegsanleihen, Waffendienstverweigerung und Ueberleben, wurde als verächtlich hingestellt. Unleugbar haben die Tschechen durch diese bereits im Frieden begonnene und im Kriege zu höchster Blüte entwickelte Methode die innere und äußere Auflösung des österreichischen Staats weit härter gefördert, als durch die Waffenkaten der tschechischen Revolution, die wenigstens in Europa ein ziemlich intensives Leben hinter der Front fristeten. Als die Tschechen im Jahre 1918 ihren Staat errichten konnten in einem ihrer eigenen Wüsten weit überlegenden Umfangs, der sogar das 1917 noch nicht geordnete Skarpatorenland einbezog, rühten sich die alten Sünden der antisklavischen Erziehung, mochte sie auch noch tschechisch-völkische Standpunkte noch in berechtigte sein. Das tschechische Volk verlor nunmehr dem eigenen Schicksal das, was es einst alljährlich verlor hat.

Mit ihrer Sabotierung Mitteleuropas haben die Tschechen zum ersten Male überhaupt in Europa das Problem „Volk gegen Staat“ aufgeworfen, in keiner anderen Epoche der Menschheit war so deutlich, als dies die weltgeschichtliche Sendung des tschechischen Volkes: die Ausbildung eines fremdbürgerlichen beherrschten Nationalstaates theoretisch und praktisch andere Völker zu lehren. In Mitteleuropa leben in mehr als 20 Millionen Menschen verschiedener Nationalitäten, die gegen ihren Willen in einen fremden Staat hineingeworfen sind. Alle diese Nationalitäten der Tschechoslowakei, Polens, Großrumäniens und Südbulgariens werden das gefährliche Beispiel der Tschechen zu angeblicher Stunde befolgen. Noch sind sie sich ihrer Macht nicht bewusst, noch ist ihre Solidarität gering. Jeder von über läßt sie wachsen. Wer hilft denn, darf die Tschechen ob ihres völkischen Eigenwille, der sich gegen den ungeliebten Staat richtete, nicht belohnen, er muß ihre folgerichtige Demut und Demütigung anerkennen, sie beneiden. Die Tschechen haben mit Recht einen eigenen Staat geordert und verlangt. Als ihre Macht, aber und deren tschechische Freunde aus veränderter, unüberlebbarer Machtigkeit 1918/19 in Ueberbreitung der ethnographischen Grenzen jedoch einen neuen Nationalitätenstaat errichteten, der kaiserlich war als der eben vernichtete allösterreichische, traf sie der Herr aller Willkürherrscher wegen dieser Verletzung der natürlichen Grundrechte aller Völker.

Und trotz der unklaren Grundlage, auf der das tschechoslowakische Staatsgebilde ruht, oder auch gerade deswegen, schienen die Pläne der chauvinistischen Elemente übrig in Wästel. Um ihren Staat aus dem Leben zu erhalten, ist das tschechische Volk in folgenden drei Richtungen für die Politik der Tschechen unerlässlich: 1. Die Pariser Verträge dürfen nicht überbrückt werden, 2. Das Deutsche Reich und über dessen Grenzen hinaus das deutsche Volk müssen gelockert, Deutschland muß vom Osten (Rußland) abgerückt werden, 3. Die Verbindung der drei Weltimperien (Tschechoslowakei, Polen, Südbulgarien) muß möglichst eng sein bis zur Errichtung eines großen osteuropäischen Staatenreiches nach Vertreibung der Bolschewiken. Die kleine Entente ist nur ein zeitweiliges Kuschelmittel.

Diese Pläne sind nicht von heute und gestern, sondern stehen auf einem alten panislamitischen Fundament. Das bezeugt eine interessante Denkschrift, die von den heutigen tschechischen Machthabern bereits Ende 1917, noch während der Ententezeit, vorgelesen und 1918 den tschechischen Vertretern bei der Friedenskonferenz als Sandstein mit der Weltung mitgegeben wurde, den darin vertretenen Gedanken unter allen Umständen Geltung zu verschaffen. Evident-deutsche Pläne haben bisher unüberbrochen den derzeitigen Ministerpräsidenten und Außenminister Dr. Beneš als Verfasser der Denkschrift bezeichnet.

Deutschland müßte, so schärfte die Denkschrift 1917 bereits vor, bis zur völligen Entfristung ausgebaut werden. Vom Weere abzuschließen, müßte es seinen Seebandel verlieren; die Wasserstraßen des Rheins, der Weiser, der Elbe und der Donau dürften nicht in seiner Hand verbleiben; kein lebendes Heer, keine Waffen, keine Kriegsausstattungsgegenstände und -industrie und möglichst keine Rohstoffe treten ihm zu belassen. Im Interesse von Prag müßte Berlin und Wien beschleunigt, die Elbe bis Hamburg, die Donau von Regensburg bis Wien

Nach den Ausführungen des Kanzlers wurde in die Verhandlungen eingetreten. Der Vertreter des Beamtenbundes brachte zwei Forderungen vor. Er verlangte

1. eine festgelegte Ausgestaltung des Verhältnisses und
 2. ein für die Gesamtheit geltendes Arbeitsgesetz.
- Bei der Reichseisenbahn seien bereits neue Dienstpläne ausgearbeitet und auch zur Anwendung gebracht worden, obwohl eine gefestigte Regelung der Arbeitszeit für die Beamten noch nicht vorliege.
- Der Kanzler erwiderte, daß wegen solcher Forderungen ein Streik überhaupt nicht nötig gewesen sei. Ueber das Arbeitsgesetz seien Verhandlungen mit den gewerkschaftlichen Organisationen durchaus möglich, die hier noch nicht weiter, als über den Referentenentwurf gehen ließe. Das Arbeitsgesetz habe bisher über den Gesetzlichen hinaus bestanden, wozu es eine wirtschaftliche Gestaltung der Eisenbahn, und zwar unter dem Gesichtswinkel der Vermeidung einer Kontrolle durch die Genere.

Zu anderen Forderungen des Vertreters des Deutschen Beamtenbundes erklärte der Kanzler, die Erfüllung der höheren Beamten sei nicht gemeint, um dem Staat lästige Lasten zu erhalten. Es könnten jedoch durchaus Verhandlungen über diese Frage stattfinden. Die in Ausarbeitung befindliche Vorlage enthält bereits ein Entgeltentwurf in diesem Punkte. Der Referentenentwurf über die Arbeitszeitregelung des Referentenentwurfs über das Arbeitsgesetz komme nicht in Frage, da dieser Entwurf nur eine vorbereitende Arbeit darstelle. Der Minister bestreite, daß bereits auf Grund dieses Entwurfs Dienstpläne ausgearbeitet seien. Darauf berichtete der Vertreter des Reichsbeamtenbundes über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen über Lebensunterhaltsgesetze.

Ein Vertreter der Beamten erklärte, inoffiziell lie in der Reichsgewerkschaft organisierten Eisenbahnbeamten zu vertreten. Er forderte, daß die Dienstpläne erst im Zusammenhang mit dem allgemeinen Arbeitsgesetz für alle Beamten geregelt werden solle.

Der Kanzler erklärte sich bereit, über das Arbeitsgesetz mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu verhandeln. Der Reichsfinanzminister soll erwidern, welche neue Verhandlungen über die Gehaltsfrage zu führen, die bereits am Nachmittag im Reichsfinanzministerium begonnen haben und andauern.

Die Werkstättenarbeiter in Halle streiken

Halle, 6. Februar.

Die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnverbandes, der bislang gegen den Streik war, haben heute mitmorgens die Arbeit niedergelagt, weil zu wenig Aufsichtspersonal vorhanden sei. Früher haben sich die Arbeiter darüber beschwert, daß zu viele „Mischstufen“ herbeigeholt wurden. Dieses Maß hat es ihnen anders und sie legten — gegen den Willen der Zentralleitung — die Arbeit nieder. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß der unüberwindliche Einfluss allmählich Oberhand bekommt und auch diese Maßnahme durchzieht.

Der neue Papst

Rom, 6. Februar.

Kardinal Ratti wurde zum Papst gewählt. Er führt den Namen Pius XI.

Kardinal Ratti, bisher Erzbischof von Mailand, ist Lombard und war Kanonikus an der Ambrosianischen Kirche in Mailand, als er 1907 zum Kardinal des Papstes ernannt wurde. Bis Kardinal war er seit 1912 Bischof der berühmten Anzerius-Bischöflichkeit und gleichzeitig als Präzeptor der Vatikanischen Bibliothek bis er später die Leitung der Vatikanischen Bibliothek als Präzeptor übernahm. Nach dem Weltkrieg fand er kurze Zeit Verwendung im diplomatischen Dienst der Kurie und zwar als Nuntius in Warschau. In Deutschland fiel er damals durch seine Parteilichkeit für die Polen auf. Als dann nach der Sturz des Erzbischofs von Mailand frei wurde, erhielt ihn Ratti und bald danach auch die Kardinalwürde.

Die Lehrer und der Religionsunterricht. Diejenigen Kreise, die den Religionsunterricht aus der Schule verbannt wollen, haben sich einen der Hauptgründe stets angeführt: sehr viele Lehrer wollten keinen Religionsunterricht erteilen, es sei also ein Beweismittel, daß von ihnen zu verlangen. Tatsächlich hat sich herausgestellt, daß sich an vielen, auch höheren Schulen die Lehrer und Lehrerinnen sämtlich ohne weiteres bereit erklärt haben, den Religionsunterricht auch weiter zu übernehmen. Im Hauptausdruck des preussischen Landtags vom 1. August 1911, die Mittelteilchen, daß in ganz Preußen nur noch tausend Lehrer sind, die den Religionsunterricht ablehnen, heißt kein es Hebenstand gewesen. Dieß viele Lehrer haben eben gesehen, daß die große Mehrheit der heutigen Eltern den ersten Willen hat, ihren Kindern das Christentum zu erhalten; und verständlicherweise haben demgemäß diese Lehrer ihren früheren Standpunkt als einen Irrtum lassen müssen.

*
Bei einer Versammlung der Funktionäre der sozialdemokratischen Partei, Orlasburg, Halle, wurde

Annahme der Gewerbesteuer von 1600 Prozent

Auch die Wohnungsbaubillige gegen die Stimmen der Linksradikalen angenommen — Sozialisten unter sich — Der Kommunist Günther bracht mit kriegenden Tingen.

Streikluft im Rathaus

Es ist nicht zu leugnen: Streikluft schafft Streikluft, gemäß auf unferm Gutsdachs Boden, auf dem die blutige Klammer der Volkserhebung so sippig wuchert. Und es lag gestern dem schicksalsheligen Stadtorbundenanlaß wie ein Fieber über eine Abnung von kommenden Dingen. Die Kommunisten waren ungeduldet denn je. So mit der Kieme: „Sehe nach was er übermorgen markieren unter Deutlichen!“

Die lange Reihe der Punkte wies an sich schon Stellen auf, die einen Kampf erbringen müßten. Daß sich das Bild verdeutlichte und um einen Fronteilentwurf der Sozialisten erstreckte, daß wohl die Stunden, ging aber die Sache als solche nicht an. Gemeinlich konnte man denken, im Bunde mit nicht infingierten Einparlament von Göttern zu sein Sozialisten unter sich! Seine Sache! Wahrheit, die sonst selten aus Tageslicht kommen. Denn die Mehrheitsozialisten ließen den Vorwurf der Demagogie nicht auf sich sitzen und sie nagelten Herrn Kürbs fest, als er den Eisenbahnerstreik verurteilte, daß er ein „pau- pui-Weibel“ — geben Gemeinlich angezogen worden ist. Der auch: daß die unabhängigen Haushaltsausgleichsmitglieder im vorerwähnten Gremium anders stimmen als im Plenum, wo sie so zu sagen haben, was er befehlet, bei der „Saft- beschleif“. Dem Eisenbahnerstreik war man allgemein froh, denn die eifrigen Stadträte der Linken verstanden nicht nur in der „antilebenden Arbeiterpresse“ Mitglieder aus dem gleichen der Eisenbahner bei dieser guten Gelegenheit zu finden. Und siehe da, auch Herr Anstube ging auf den Fischfang und ließ die Station der Meinertrier, die doch zumalst Würstchen sind, durch die Station an den Magistrat gehen.

„In sich ist es so ein Kammer, daß den wechselfähigsten Menschen ein solches Volk nicht so zu helfen ist, wie wohl der Wunsch der gesamten bürgerlichen Seite des Kaufes war. Aber der Wille der Gemeinderäte ließen gemaltige Schwierigkeiten entgegen, so daß auf diese Weise nicht gekonnt werden kann.“

Die Vorlage größter Bedeutung war der dringliche Wohnungsbaubillige des Magistrats, der zum dritten Male an die Stadtorbunden kam. Das erste Mal verlor. Man abgelehnt — man entsann sich der Hoffnung. Der Wille auf den Beschluß im Reichstag — und nun zum dritten Mal und zur Aufhebung vorgelegt. Auch hier war die tabuläre Einsage gegen die Vermittlung, obgleich es sich doch auch um Arbeiter handelt. Es letzte ab. Der Welt des Kaufes einige sich auf eine Gewerbesteuer von 1000 Proz. Wie lange nur noch!

Auch in der Öffentlichkeit viel beschworene Wohnungsbaubillige fand mit diesem Stimmenverhältnis ihre Annahme. Entschieden revidierten die sich nicht als Willkür des Volkes und die „Lut“ — meist wohl Gemalt-Zei — auf ihre Bahnen geschoben haben, über Dinge, die heute nicht nur bekannt, sondern unter deren Auswirkung behaupten leiden müssen. Wenn das ein Herr Reimand tut, ja, und vielleicht ein Herr Jörn. Aber wenn der sich zum Wärrner macht, dann weiß man wirklich nicht, warum mancher da brühen seine „hüneren Dämonen“ bezieht.

Die „zwei-versehienen Sprachen“, die — nach Herrn Bode — im Stadtorbunden gesprochen werden, verlangen die Eiligung nicht in die offene Stunde, ohne daß „Aussicht“ bestünde, ferner zum Ende zu kommen. Und da für die „Aussicht“ gefehlt ein Dolmetscher unmöglich gefunden werden konnte, wurde eine Vorlesung von acht die Presse Kopier und Bleistift zusammen und sich die Stadträte schon in der öffentlichen Sitzung unter sich.

mitteln und solche vorlegen können. Der Magistrat wird daher verpflichtet, alle Schritte zu unternehmen, um die größtmöglichen Vorarbeiten an Lebensmitteln und Baumaterialien für die Bevölkerung sicherzustellen. Alle Maßnahmen werden geleitet durch eine Kommission, bestehend aus Vertretern des Magistrats und der Stadtorbunden, des Gewerkschaftsrates, der Arbeitervereine und der Gewerkschaften, und ein Vertreter der Metallarbeiter und Großhändlerverbandes für Bedarfsmittel. Die Kommission hat das Recht der Beschaffung aller größeren Lebensmittel und Baumaterialien und die Anordnung der Preisbildung. Sie hat ferner das Recht, von den Anbietern jede gewünschte Auskunft und die Vorlegung der Geschäftsbücher zu fordern, der Verfügungen gegen die Anordnungen der Kommission verfallen die betr. Warenbestände ohne Entschädigung der Stadt Halle.

Beide Anträge sollen am nächsten die Sitzung zur Verhandlung kommen. Hierzu wird in die Tagesordnung eingetragen und unter Punkt 1. verlesen der folgende Bescheid für den Gemeinderat des Magistrats:

Infolge Erwidlung von Baubilligen und neuer Einreichungen auf dem Grundstück Trothaer Straße 27 ist das von diesem Grundstückinhaber für Trothaer und Schleierstraße entfallende Land freigelegt worden. Der Magistrat ist deshalb in der Lage, die Baubilligen für die Stadtorbunden zu erklären und hiermit gleichfalls einberufen. Die Stadtorbunden erklären sich hiermit gleichfalls einverstanden.

Für den Antrag von 300 Gartenflächen und 1900 Gartenflächen im Bad Mittelind werden 25000 M. bewilligt. Der Entwurf eines Erbbaurechtes mit der Baugewerkschaften Halle findet die Zustimmung der Verwaltung, des Gemeinderates und der Stadtorbunden. Der Entwurf eines Erbbaurechtes mit der Baugewerkschaften Halle findet die Zustimmung der Verwaltung, des Gemeinderates und der Stadtorbunden.

Deckung der Mehraufwendungen für Gehälter und Löhne Hierzu wird noch beantragt: a) gemäß der Regelung für die Gehälter und Entlohnungen auch den hiesigen Beamten, händigen Angestellten, Hilfsangestellten und Rezipienten an den höchsten Stellen und Beschäftigten gegen den bisherigen Vergleichsvertrag einen mittleren Zuschlagssatz von 20 Prozent für die ersten 10000 M. Gehalt vom 1. Januar 1923 ab zu zahlen; b) den hiesigen Hilfsbeamten und Hinterbliebenen vom 1. Januar 1923 an die gleichen Mehrbeträge zu zahlen, die die hiesigen Beamten und Hinterbliebenen beim Reich und Staat auf dieser Voraussetzung erhalten.

Stadtb. Mansfeld (Dem.) berichtet über die Vorlage, über die wir unter Berufung bereits mehrfach unterrichtet sind. Die Bauausführung hat sich mit der Vorlage einverstanden erklärt bis auf die Höhe der Höhe für die Gewerbesteuer, die er auf 1600 Prozent festzusetzen wünscht an ihre Stelle zur Verfügung stehen, nach dem Stand der Angelegenheiten erachtet, daß eine Erhöhung der Höhe der Höhe für die Gewerbesteuer von rund 270 Prozent insgesamt ist ein Höchstbetrag von rund 25 Millionen zu setzen.

Stadtb. Dem. (Dem.) schließt bei dieser Gelegenheit die Frage an den Magistrat, wann endlich mit der Auszahlung der noch rückständigen Bezüge an die im Hülfslohn lebenden Beamten begonnen werde, nach dem Stand der Angelegenheiten erachtet, daß eine Erhöhung der Höhe der Höhe für die Gewerbesteuer von rund 270 Prozent insgesamt ist ein Höchstbetrag von rund 25 Millionen zu setzen.

Stadtb. Grünhörn (Rechtslos.) ist erfreut, daß sich die Unabhängigen und Kommunisten gegen die Gewerbesteuer erheben und nicht darauf sitzen, daß die Gewerbesteuer nicht nur Beamten, sondern auch Arbeitern zuzurechnen ist.

Stadtb. Dem. (Dem.) ist dankbar, daß die Stadträte sich für die Angelegenheiten der Arbeiter einsetzen und nicht darauf sitzen, daß die Gewerbesteuer nicht nur Beamten, sondern auch Arbeitern zuzurechnen ist.

Stadtb. Müller (Rechtslos.) ist dankbar, daß die Stadträte sich für die Angelegenheiten der Arbeiter einsetzen und nicht darauf sitzen, daß die Gewerbesteuer nicht nur Beamten, sondern auch Arbeitern zuzurechnen ist.

Stadtb. Müller (Rechtslos.) ist dankbar, daß die Stadträte sich für die Angelegenheiten der Arbeiter einsetzen und nicht darauf sitzen, daß die Gewerbesteuer nicht nur Beamten, sondern auch Arbeitern zuzurechnen ist.

Stadtb. Müller (Rechtslos.) ist dankbar, daß die Stadträte sich für die Angelegenheiten der Arbeiter einsetzen und nicht darauf sitzen, daß die Gewerbesteuer nicht nur Beamten, sondern auch Arbeitern zuzurechnen ist.

Erhebung eines Zuschlages zur Wohnungsbaubillige. Stadtb. Bräune (U. S. P.): Die Steuer ist eine ungerechte für die gesamte Bevölkerung, man muß mehr die Befindenden zahlen lassen.

Stadtb. Bärrel (Rechtslos.): Wenn wir nur die Befindenden zu den Wohnungsbaubilligen heranziehen, so können wir gar nichts. Allerdings hat die Vorlage auch ihre Mängel. So sollen die kleinen Wohnungen, vielleicht bis zu 150 Mark von der Abgabe befreit werden.

Stadtb. Dem. (U. S. P.): Das Wohnungslohn ist ebenso wie der Krieg Schuld der Beschwerden. Es gilt, den Grund und Boden für die Allgemeinheit zu gewinnen, vor allem müssen die Schwachen erlöst werden.

Stadtb. Dem. (U. S. P.): Die Steuer ist eine ungerechte für die gesamte Bevölkerung, man muß mehr die Befindenden zahlen lassen.

Stadtb. Dem. (U. S. P.): Die Steuer ist eine ungerechte für die gesamte Bevölkerung, man muß mehr die Befindenden zahlen lassen.

Stadtb. Dem. (U. S. P.): Die Steuer ist eine ungerechte für die gesamte Bevölkerung, man muß mehr die Befindenden zahlen lassen.

Stadtb. Dem. (U. S. P.): Die Steuer ist eine ungerechte für die gesamte Bevölkerung, man muß mehr die Befindenden zahlen lassen.

Stadtb. Dem. (U. S. P.): Die Steuer ist eine ungerechte für die gesamte Bevölkerung, man muß mehr die Befindenden zahlen lassen.

Stadtb. Dem. (U. S. P.): Die Steuer ist eine ungerechte für die gesamte Bevölkerung, man muß mehr die Befindenden zahlen lassen.

Stadtb. Dem. (U. S. P.): Die Steuer ist eine ungerechte für die gesamte Bevölkerung, man muß mehr die Befindenden zahlen lassen.

Stadtb. Dem. (U. S. P.): Die Steuer ist eine ungerechte für die gesamte Bevölkerung, man muß mehr die Befindenden zahlen lassen.

Stadtb. Dem. (U. S. P.): Die Steuer ist eine ungerechte für die gesamte Bevölkerung, man muß mehr die Befindenden zahlen lassen.

Auftakt in Mitteldeutschland?

Die Kommunisten arbeiten am Redaktionsplan. Es geht um den Antrag, abgelehnt durch den Gemeinderat. Es ist also an der Zeit, daß die Kommunisten die Pläne für den Frühjahrskongress dieses Jahres festlegen. Zunächst beschäftigt man sich in jenen Kreisen ernstlich mit der Beschaffung geeigneter Erhebung. Bei dem vorerwähnten Kommunismus Plänen, die, wie gemeldet, den Redaktionsplan auf Grund „Klärung“ anfertigte, daß man fast ausschließlich Unterlagen gefunden, die eindeutig darauf schließen lassen, daß die Abfälle eines großen Braukonzerns in der Mitte Deutschlands der Kommunisten heutzutage...

